

DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER RAKETEN- ABWEHR

RUSSISCHE EINWÄNDE UND BEDROHUNGSLAGE

Hans Martin Sieg

Die Pläne der USA für die Stationierung von Komponenten ihrer strategischen Raketenabwehr in Polen und Tschechien haben Kontroversen nicht nur mit Russland, sondern auch innerhalb des transatlantischen Bündnisses und in Deutschland ausgelöst, die auch durch den NATO-Gipfel von Bukarest nur z.T. und vorläufig überbrückt werden konnten. In Deutschland hatte sich ein Minimalkonsens vor dem Gipfel selbst innerhalb der Regierungskoalition auf eine Ablehnung des ursprünglich rein bilateralen Charakters der Verhandlungen zwischen Washington, Warschau und Prag sowie auf die Forderung beschränkt, die Verhandlungen über die Raketenabwehr innerhalb der NATO zu führen.

Die Kritik an der Raketenabwehr folgte vor allem drei Motiven. Erstens reflektierte sie russische Einwände mit der Intention, Rücksicht auf die von Moskau reklamierten Sicherheitsinteressen zu nehmen. Zweitens stellte sie infrage, ob eine so konkrete Bedrohung bestehe, um den Aufbau eines Abwehrsystems zu rechtfertigen. Drittens sprach sich in ihr die Sorge aus, die Errichtung eines Raketenschildes würde eher zu Aufrüstungs- als zu Abrüstungsprozessen führen.

Kritiker der Raketenabwehr griffen dabei nicht nur russische Warnungen vor einem neuen Wettrüsten auf, sie warnten zuweilen auch vor negativen Rückwirkungen auf die Verhandlungen über das iranische Nuklearwaffenprogramm. Beispielhaft entwickelt wurden diese Positionen in einem Diskus-



Dr. Dr. Hans Martin Sieg ist Historiker und Politikwissenschaftler. Nach dem Studium der Geschichte, Philosophie und Politikologie promovierte er 2002 mit einer Studie über den preußischen Absolutismus. Zugleich betrieb er Forschungen zur Außen- und insbesondere Sicherheitspolitik. Referent für Außen- und Sicherheitspolitik im Büro Manfred Grund, MdB. Neben seiner Tätigkeit im Bundestag ist er u.a. Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut, FU, Berlin und am Masterstudiengang European Studies, Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

Washingtons Pläne zur Stationierung strategischer Raketenabwehrelemente in Polen und Tschechien werden in Russland, aber teilweise auch im Westen kritisiert. Die Russen haben die Furcht, das System könne die eigene Fähigkeit zur Abschreckung mindern, aber auch die Sorge, einige der Komponenten könnten in umgerüsteter Form zur Angriffswaffe werden. Hierbei protestiert Moskau nicht nur aus einem defensiven Impuls: Man möchte innenpolitisch punkten und die Chance zur eigenen Aufrüstung nutzen. Man möchte Russland an der eigenen Peripherie stärken und, etwa durch das stete Zitieren des Kalten Kriegs, die Europäer manipulieren. Den Amerikanern wiederum geht es um die eigene Sicherheit, doch auch um den Schutz der Verbündeten – etwa vor Nordkorea und Iran, aber auch vor der Gefahr einer allgemein zunehmenden Proliferation. Der Westen sollte seine Fähigkeit zur effizienten Abschreckung in der Tat behalten. Die Raketenabwehr wäre, so wie derzeit geplant, hierbei ein sinnvoller Schritt.

sionsbeitrag von Frank Elbe und Horst Weisser.¹ Insbesondere in der politischen Debatte wurde diese Argumentation von kritischen Stimmen immer wieder auf eine Dichotomie zwischen dem Aufbau eines Raketenschildes und dem Ziel einer Abrüstungspolitik reduziert.

Begründet wurde damit die Ablehnung von SPD-Chef Beck² ebenso wie die Distanzierung des Außenministers³ und die skeptische Haltung der Oppositionsparteien bis hin zur FDP.⁴ Michael Rühle hat die Kritik an der Raketenabwehr daher nicht nur mit der polemischen Formulierung von der „Russland-Apologetik“ charakterisiert, sondern er konnte auch treffend darauf hinweisen, dass die Kritik an der Raketenabwehr weitgehend in den Argumentationsmustern verhaftet blieb, mit denen schon die Auseinandersetzung um Reagans SDI-Programm unter freilich ganz anderen Umständen geführt wurde.⁵

Tatsächlich suggeriert die Berufung auf abrüstungspolitische Ziele ein Anknüpfen an die Erfahrungen, die mit Ansätzen kooperativer Sicherheit und Rüstungskontrolle in Europa während des Kalten Krieges und danach gemacht wurden. Außen vor blieb dabei allerdings die Frage, inwieweit sich diese Ansätze auf andere Bedrohungsszenarien insbesondere im Nahen und Mittleren Osten übertragen lassen, bei denen es nicht um die Aufrechterhaltung eines strategischen Gleichgewichts geht, sondern um die Verhinderung von Proliferation. So argumentierte beispielsweise Peter Struck, es mache keinen Sinn, „dem Iran jetzt mit einem Raketensystem zu drohen“⁶ – wobei bezeichnenderweise unklar blieb, welche Drohung von einem defensiven System ausgehen kann, wenn der Iran nicht ohnehin Nuklearwaffen entwickeln würde.

- 1 | Frank Elbe/Ulrich Weisser, „Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus“, *DGAP-Standpunkt*, Nr. 5, Juni 2007 (unter: <http://www.dgap.org>).
- 2 | Kurt Beck, „Let's talk about the U.S. missile shield“, in: *International Herald Tribune*, 28.5.2007 (unter: <http://www.ihf.com>).
- 3 | „Wir wollen kein neues Wettrüsten“, Interview, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 18.3.2007 (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2007/070318-Abruestung-FASZ.html>).
- 4 | Beschluss des FDP-Bundesvorstands: Keine neue Spaltung Europas durch Raketenabwehrsystem, Pressemitteilung 5.3.2007 (unter: <http://www.fdp.de/>).
- 5 | Vgl. Michael Rühle, „Raketen, Russland, Rücksichtnahmen. Russland-Apologetik als Leitlinie deutscher Sicherheitspolitik?“, 12.9.2007 (unter: <http://www.dgap.org/>).
- 6 | Interview mit Peter Struck, in: *Passauer Neue Presse*, 23.3.2007 (http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,40667,00.html).

Wie dieses Beispiel nahelegt, glich die Debatte um die Raketenabwehr streckenweise weniger einer Auseinandersetzung mit neuartigen Bedrohungsszenarien als vielmehr einer Debatte um die grundsätzlichen Leitbilder deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wurde demgemäß stark von innenpolitischen Imperativen bestimmt, zumal Umfragen bestätigten, dass Mehrheiten von zwei Dritteln oder mehr der Befragten den amerikanischen Plänen mit Ablehnung⁷ und russischen Einwänden mit Verständnis begegneten.⁸ Hinzu kommt, dass die Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung die von der Proliferation ausgehenden Risiken bislang kaum widerspiegelt.⁹

Die Debatte hat inzwischen an Intensität verloren, aber nicht an grundsätzlicher Relevanz; denn der Gipfel von Bukarest hat allenfalls einen vorläufigen Schlusspunkt gesetzt. Zwar hat der Gipfel die amerikanischen Pläne als „substantial contribution to the protection of Allies from long-range ballistic missiles“ ausdrücklich anerkannt und darüber hinaus seine Absicht bekundet, diese Komponenten in ein gemeinsames Abwehrsystem der NATO zu integrieren.¹⁰ Zudem bestehen günstige Voraussetzungen für eine Verwirklichung des Projektes. So haben die USA erhebliche Fortschritte hinsichtlich der technologischen Machbarkeit erzielt, mit dem ALTBMD-Programm verfügt die NATO über eine Plattform, die als Grundlage eines integrierten Systems dienen könnte, und auch die Kosten für einen Ausbau der Raketenabwehr zu einem das gesamte NATO-Territorium schützenden Schild dürften sich durchaus in Grenzen halten.¹¹

Der Gipfel von Bukarest hat die amerikanischen Pläne als „substantial contribution to the protection of Allies from long-range ballistic missiles“ ausdrücklich anerkannt und darüber hinaus seine Absicht bekundet, diese Komponenten in ein gemeinsames Abwehrsystem der NATO zu integrieren.

7 | Florian Gűbgen, „Deutsche halten USA für bedrohlicher als den Iran“, in: *Stern*, 27.3.2008 (unter: <http://www.stern.de/>).

8 | Vgl. Putin legt nach, FAZ.NET, 14.2.2007 (unter: <http://www.faz.net>).

9 | Thomas Bulmahn/Rűdiger Fiebig, „Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland, Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2007 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr“, 19.11.2007 (unter: <http://www.sowi.bundeswehr.de>), S. 2.

10 | Bucharest Summit Declaration, 3.4.2007 (<http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html>), § 37.

11 | Alexander Bittner, „Die NATO und die Raketenabwehr. Implikationen für Deutschland vor dem Gipfel in Bukarest“, SWP-Studie, Oktober 2007 (http://www.swp-berlin.org/common/get_docu ment.php?asset_id=4441), S. 17ff.

Doch eine definitive Entscheidung für eine NATO-Lösung wurde nicht getroffen. Die Frage nach der Systemarchitektur und ihrer Finanzierung ist nach wie vor offen. Zustande kam die Erklärung zur Raketenabwehr außerdem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Geschwindigkeit einer Aufnahme Georgiens und der Ukraine, die einen offenen Austrag weiterer Gegensätze nicht opportun erscheinen lassen konnten. Auch vermochte der Appell an Moskau, die amerikanischen Vorschläge für einen kooperativen Ansatz bei der Raketenabwehr anzunehmen,¹² russische Widerstände bislang nicht zu überwinden.

Daher sollen im Folgenden die Gründe für und wider die Raketenabwehr beleuchtet werden. Die Fragestellung wird sich dabei an den skizzierten Kritikpunkten orientieren. Welche Berechtigung kommt den russischen Einwänden zu? Welche Ziele verfolgt Russland darüber hinaus? Wie ist die Bedrohungslage einzuschätzen? Welche strategische Bedeutung kommt dem Raketenschild zu? Abschließend wird ein Ausblick auf eine mögliche NATO-Lösung geworfen.

RUSSISCHE SICHERHEITSBEDENKEN

Die Kritik Russlands, wie sie von Präsident Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 in aller Schärfe vorgetragen wurde, stellt den Abwehrschild als Bedrohung der eigenen Sicherheit dar.¹³ Diese Einwände als nur vorgeschoben abzutun, dürfte ebenso fehlgehen wie zu verkennen, dass Russland sie für andere politische Zwecke instrumentalisiert. Tatsächlich überlagern sich in der Haltung Moskaus sachfremde wie sachbezogene Motive. Gerade die geplante europäische Komponente des US-amerikanischen Raketenschildes vermag die russischen Vorbehalte allerdings nicht oder nur bedingt zu rechtfertigen. Die Begründung dafür ist jedoch

deutlich komplexer als oft dargestellt. Die russischen Sicherheitsbedenken sind weit hergeholt – und kalkulieren mit extremen Szenarien –, sie sind aber nicht vollständig aus der Luft gegriffen. Um sie zu verstehen, muss man die Perspektive des Kremls nachvollziehen.

Die russischen Sicherheitsbedenken sind weit hergeholt – und kalkulieren mit extremen Szenarien –, sie sind aber nicht vollständig aus der Luft gegriffen.

12 | Bucharest Summit Declaration, § 38.

13 | Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2007 (unter: <http://www.securityconference.de/konferenzen/2007/>).

Russland hat im Kern zwei Bedenken artikuliert. Dies ist erstens die Befürchtung, dass das Abwehrsystem auch die russische Abschreckungskapazität beeinträchtigen könnte, und zweitens die Sorge, dass die für Polen vorgesehenen Ground Based Interceptors (GBI) durch eine Umrüstung der Sprengköpfe tatsächlich zu Offensivwaffen umfunktioniert werden könnten. Das letztere Argument dürfte vermutlich nur taktisch motiviert sein; denn es ist nicht zu erkennen, welchen Nutzen eine begrenzte Zahl zusätzlicher Offensivwaffen den USA angesichts des russischen Vergeltungspotenzials verschaffen sollte. Auch in Bezug auf die geographische Nähe zu Russland und die damit zusammenhängenden Reaktionszeiten ist kein Vorteil festzustellen, der über die Fähigkeiten hinausginge, über die die USA mit ihren strategischen Bombern und U-Booten nicht bereits verfügen. Zudem ließe sich die Sorge vor einer nuklearen Bewaffnung der polnischen GBI durch russische Kontrollen vergleichsweise einfach ausräumen.

Nicht so leicht entkräften lässt sich jedoch das Argument einer möglichen Beeinträchtigung der russischen Abschreckungskapazitäten durch ein defensives System. Robert Gates und Condoleezza Rice haben argumentiert, zehn Abwehrraketen könnten keinerlei Schutz gegen Tausende russischer Nuklearwaffen bieten.¹⁴ In dieser einfachen und vordergründig einleuchtenden Kalkulation, die für jedermann nachvollziehbar erscheint, dürfte der Grund liegen, warum dieses Argument auch von Befürwortern der Raketenabwehr in Deutschland immer wieder aufgegriffen wurde. Tatsächlich vermag es russische Bedenken jedoch nicht vollständig auszuräumen; denn es ist nicht die Gesamtzahl seiner Waffensysteme, an der Moskau sein Abschreckungspotenzial misst, sondern der möglicherweise nur sehr kleine Rest, der einen amerikanischen Präventivschlag überleben würde. Tatsächlich haben die USA seit dem Ende des Kalten Krieges eine *nuclear primacy* erlangt, die eine russische Zweitschlagskapazität fraglich erscheinen lassen kann.¹⁵ Russland kann sich nur einen beschränkten Bereitschaftsgrad seiner Nuklearstreit-

14 | Robert Gates/Condoleezza Rice, „Wir wollen kein neues Wettrüsten“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26.4.2007 (<http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/598/111487/print.html>).

15 | Keir A. Lieber/Daryl G. Press, „The End of MAD? The Nuclear Dimension of U.S. Primacy“, in: *International Security* 30, 4 (2006), S. 7–44.

kräfte leisten, was das eigene Potenzial verwundbar macht. Einzelne amerikanische Rüstungsprojekte wie die Modernisierung der Sprengköpfe vom Typ W 76, mit denen die meisten Trident-Raketen der strategischen Atom-U-Boote der USA bestückt sind¹⁶, können von Moskau als Ausbau amerikanischer Erstschlagskapazitäten interpretiert werden. Aus westlicher Sicht mag diese Kalkulation mit einem möglichen amerikanischen Präventivschlag absurd erscheinen. Der Kreml und die russische Abschreckungsstrategie suchen Sicherheit gegenüber den USA und der NATO aber nach wie vor weniger miteinander als voreinander.

Deshalb kommt es nicht darauf an, ob die USA einen solchen Präventivschlag jemals ernsthaft in Erwägung ziehen würden, sondern nur darauf, ob Russland eine strategische Abschreckung auch weiterhin für erforderlich hält. Davon aber ist nicht nur angesichts der Schwäche seiner konventionellen Streitkräfte und einer sehr viel offensiveren Nukleardoktrin¹⁷ als im Kalten Krieg auszugehen. Auch die Priorität, die Moskau der strategischen Nuklearrüstung mit der Beschaffung neuer strategischer Atom-U-Boote und insbesondere mobiler ICBM des Modells Topol-M zuerkennt, zeigt, dass es die Aufrechterhaltung einer strategischen Abschreckung nicht nur für notwendig, sondern auch für gefährdet hält.

Gegen eine Gefährdung der russischen Abschreckung durch die Raketenabwehr sprechen jedoch auch die technologischen Grenzen des Systems. Russische Nuklearraketen verfügen über Gegenmaßnahmen wie Täuschkörper sowie MIRV- und MARV-Technologie, also multiple oder sogar manövrierbare Sprengköpfe, die die Zahl der Ziele erhöhen und eine Berechnung der Flugbahn erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Daher sind sich Generalleutnant Obering¹⁸, Leiter der amerikanischen Missile Defense Agency, und Generaloberst Solowtsow¹⁹, Chef der strategischen Nuklearwaffen

16 | Ziel ist, die Treffgenauigkeit der Sprengköpfe zu erhöhen und eine Detonation am Boden zu ermöglichen, womit sie sich effektiver gegen befestigte militärische Ziele – wie beispielsweise auch Raketensilos – einsetzen lassen.

17 | Vgl. Dimitri Trenin, „Russias Nuclear Policy in the 21st Century Environment“, IFRI Proliferation Paper, Autum 2005 (http://ifri.org/files/Securite_defense/prolif_paper_Trenin.pdf).

18 | DoD News Briefing with Gen. Renuart and Lt. Gen. Obering from the Pentagon, Arlington, Va., 2.10.2007 (unter: <http://www.defenselink.mil>).

Russlands, in ihren Stellungnahmen darin einig, dass der Abwehrschild der USA russische Nuklearraketen nicht abfangen kann.

Allerdings liegt darin für Russland auch keine vollständige Garantie. Denn weder können die USA die technologischen Fähigkeiten des Systems gänzlich offen legen noch kann Russland wissen, welches Potenzial künftige Entwicklungen der Raketenabwehr erschließen. So arbeiten die USA bereits an Interzeptoren, die einfache Gegenmaßnahmen umgehen können, u.a. an einem multiple kill vehicle, das Mehrfachsprengköpfe bekämpfen kann.²⁰ Hinzu kommt, dass die militärische wie die politische Führung Russlands bei der Einschätzung dieser Möglichkeiten auf Experten angewiesen ist. Man darf vermuten, dass jene im Zweifelsfalle mit Skepsis und Misstrauen reagieren dürften und diese jedenfalls nicht kategorisch ausschließen können, dass die amerikanische Abwehr künftig Wirksamkeit gegen russische Raketen erlangen könnte.

Die USA arbeiten bereits an Interzeptoren, die einfache Gegenmaßnahmen umgehen können, u.a. an einem multiple kill vehicle, das Mehrfachsprengköpfe bekämpfen kann.

Russische Bedenken können auch die Radaranlagen des Systems erwecken. Kritiker der Raketenabwehr haben argumentiert, dass sie mit einer vorher nicht gekannten Präzision tief in den russischen Luftraum hineinzublicken und dabei auch Daten über die Flugbahnen bzw. Fähigkeiten neuer russischer Testraketen und Sprengköpfe zu sammeln vermögen, die einer Fortentwicklung des Abwehrschildes dienen könnten.²¹ Auch in dieser Hinsicht kommt es nicht darauf an, ob diese Bedenken tatsächlich berechtigt sind. Wenn westliche Kritiker sie ernsthaft vertreten können, kann auch Moskau sie hegen. Ein Rest an Ungewissheit und damit an Unsicherheit bleibt also für Russland zwangsläufig zurück. Damit wächst in Bezug auf den Kreml die Möglichkeit, dass Realität und Wahrnehmung auseinander fallen können.

19 | „Russia's missile forces: lower quantity but higher quality“, *RIA Novosty*, 22.2.2007 (<http://en.rian.ru/analysis/20070222/61111273.html>).

20 | Vgl. Missile Defense Agency, Multiple Kill Vehicle Test Successful, 19.7.2006 (<http://www.mda.mil/mdalink/pdf/06fyi0080.pdf>).

21 | Vgl. George N. Lewis/Theodore A. Postol, „European Missile Defense: The Technological Basis of Russian Concerns“, in: *Arms Control Today*, October 2007 (http://www.armscontrol.org/act/2007_10/LewisPostol.asp); dies., „The European missile defense folly“, in: *Bulletin of the Atomic Scientists* 64,2 (2008), S. 32–39 (<http://www.thebulletin.org/files/064002009.pdf>).

Doch auch, wenn die strategische Raketenabwehr der USA damit in ihrer Gesamtheit aus Moskauer Sicht zumindest im Ansatz eine potenzielle Beeinträchtigung der russischen Abschreckung darstellen kann, trifft dies gerade auf die euro-

päische Komponente am wenigsten zu. Denn die Flugbahnen russischer ICBM in die USA führen über die Arktis und können von in Polen stationierten GBI meist nicht eingeholt werden. Dieser Standort ist tatsächlich nur günstig für ein Abfangen iranischer, nicht aber russischer Raketen. Dafür liegt er zu nah an Russland und zu weit südlich.

Die Flugbahnen russischer ICBM in die USA führen über die Arktis und können von in Polen stationierten GBI meist nicht eingeholt werden. Dieser Standort ist tatsächlich nur günstig für ein Abfangen iranischer, nicht aber russischer Raketen. Dafür liegt er zu nah an Russland und zu weit südlich.

Nur in Ft. Greely, Alaska, stationierte GBI, die zudem über eine zusätzliche dritte Stufe mit entsprechend größerer Reichweite verfügen, könnten die Flugbahn von Russland abgefeuerter ICBM rechtzeitig erreichen. Auch die zugehörige Radaranlage auf den Aleuten könnte russische Bedenken eher rechtfertigen als die für Tschechien geplante Einrichtung. Die Errichtung der Basis in Alaska hat jedoch ebenso wie die Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA im Jahr 2002 keine vergleichbaren Einwände Russlands hervorgerufen. Daher dürften die jetzigen Proteste Moskaus eher mit dem Widererstarren als mit einer neuen Bedrohung des Landes zusammenhängen.

POLITISCHE ZIELE MOSKAUS

Russische Sicherheitsbedenken ergeben sich somit weniger aus den für Polen und Tschechien geplanten Anlagen unmittelbar als vielmehr aus dem umfassenderen Kontext seiner Position gegenüber den USA und der NATO. Einerseits bietet die geplante polnisch-tschechische Raketenbasis Moskau zumindest einen Anlass, Ablehnung gegenüber den Raketenabwehrplänen der USA insgesamt zum Ausdruck zu bringen. In dieser Hinsicht kommt dem Waffensystem für Moskau größere Bedeutung zu als dem Stationierungsort.

Andererseits dürfte Moskau in der Errichtung dieser Basis einen Präzedenzfall für die Errichtung von NATO- oder US-Einrichtungen im Gebiet des ehemaligen Warschauer Paktes sehen, hatte das Bündnis Russland im Zuge der Osterweiterung von 1997 diesbezüglich doch ausdrücklich Zurückhaltung zugesichert.²² In dieser Hinsicht kommt dem Stationierungsort für Moskau größere Bedeutung zu als dem Waffensystem.

Dass im Zusammenhang mit der Raketenabwehr in der polnischen und tschechischen Politik zuweilen antirussische Tendenzen sichtbar wurden, musste diese Bedenken zusätzlich verstärken.

Nicht unterschätzt werden sollte zudem die symbolische Bedeutung der Raketenabwehr für Moskau. Außer seinem Status als Nuklearmacht ist Russland wenig geblieben, was sein Bestreben stützen könnte, soweit wie möglich politisch gleiche Augenhöhe gegenüber den USA zu wahren. Die Raketenabwehr droht aber seine nukleare Parität endgültig zu entwerten. Dabei kommt es nicht darauf an, was ein solches System tatsächlich zu leisten vermag, sondern dass es die Überlegenheit der USA im nuklearen Bereich unterstreicht. Auch im internationalen System antizipieren Akteure ihre Erwartungen aneinander, mit Folgen für das eigene Rollenverständnis. Für Russland ist damit die Befürchtung verbunden, als der grundsätzlich verwundbarere Partner von den USA weniger oder noch weniger ernst genommen zu werden.

Es dürfte jedoch ein Irrtum sein anzunehmen, Moskau folge mit seiner Kritik an der Raketenabwehr lediglich defensiven Impulsen. Diese Kritik sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Moskau seine Sicherheitsbedenken primär als Vorwand nutzt für eine Politik der Revision von Macht- und Einflussverlusten, um den Westen aus seiner selbst so verstandenen Interessensphäre heraus zu halten oder zu drängen. Dabei gebraucht der Kreml die „Demonstration von Dissens“²³ bewusst als Mittel, um neu gewonnene Stärke zu demonstrieren und die Konzessionsbereitschaft westlicher Staaten auszuloten.

Die Kritik sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Moskau seine Sicherheitsbedenken primär als Vorwand nutzt für eine Politik der Revision von Macht- und Einflussverlusten, um den Westen aus seiner selbst so verstandenen Interessensphäre heraus zu halten oder zu drängen.

Auf diesem Kalkül dürften auch Warnungen vor einem neuen Wettrüsten beruhen, in denen beispielsweise Putins Münchener Rede gipfelte. Die Außerkraftsetzung des AKSE-Vertrages, die endgültig im Dezember 2007 erfolgte, entsprach dieser Zielsetzung gleich auf doppelte Weise, indem sie einerseits diese Warnung unterstrich, andererseits aber auch dem

22 | Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation, 27.5.1997 (<http://www.nato.int/docu/basicxt/fndact-a.htm>).

23 | Liliija Sevcova, „Russlands Wille zur Weltmacht“, in: *Osteuropa* 57, 4 (2007), S. 33-52, hier: S. 33.

Ziel diene, Russland von den im Zusammenhang mit der Vertragsrevision gegebenen *Istanbul Commitments* zu befreien – der Verpflichtung zum Abzug seiner Truppen aus Moldau und Georgien.

Mit seiner Kritik an der Raketenabwehr scheint Russland jenseits seiner unmittelbaren Sicherheitsbedenken vor allem vier Ziele zu verfolgen: Erstens lässt und ließ sich mit dem Streit um die Raketenabwehr – nicht zuletzt im Zusammenhang der jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – innenpolitisch suggerieren, dass der Westen und insbesondere die USA eine feindliche Haltung gegenüber Russland einnehmen. Das ermöglicht es dem Präsidenten, sich als Verteidiger nationaler Interessen zu präsentieren und zugleich westliche Kritik an der inneren Entwicklung des Landes zu diskreditieren. Zweitens bietet die Auseinandersetzung für Russland einen Vorwand, um neue Rüstungsprojekte zu rechtfertigen. Dies gilt auch für die Infragestellung des INF-Vertrages²⁴, in dem Moskau bereits seit längerem eine einseitige Benachteiligung erblickt, weil sich das darin enthaltene Verbot von Mittelstreckenraketen nicht auf andere Länder in seinem strategischen Umfeld erstreckt.²⁵

Drittens dürfte es dem Kreml darum gehen, seine strategische Position nicht zuletzt im Blick auf die *frozen conflicts* an der Peripherie der früheren Sowjetunion zu stärken und zugleich die Bedingungen für künftige Osterweiterungen von NATO und EU zu erschweren. Viertens dürfte es in der Auseinandersetzung um die Raketenabwehr eine Chance sehen, den Zusammenhalt des transatlantischen Bündnisses zu

schwächen. Aus Moskauer Sicht würde eine Integration der Raketenabwehr in die NATO die Gefahr bergen, die Abhängigkeit der europäischen Verbündeten von den USA weiter zu erhöhen. So ist der Vorschlag Putins, eine gemeinsame Raketenstellung in Aserbaidschan einzurichten,²⁶ als Diversionsversuch zu wer-

Aus Moskauer Sicht würde eine Integration der Raketenabwehr in die NATO die Gefahr bergen, die Abhängigkeit der europäischen Verbündeten von den USA weiter zu erhöhen.

24 | Russia may unilaterally quit INF Treaty, RIA Novosty, 15.2.2007 (<http://en.rian.ru/russia/20070215/60795303.html>).

25 | Hannes Adomeit/Alexander Bittner, „Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?“, *SWP-Aktuell* 23, April 2007 (http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3875), S. 5.

26 | Putins Vorschlag an Bush. Raketenabwehr in Aserbaidschan, FAZ.NET, 7.7.2007 (unter: <http://www.faz.net>).

ten, zumal technische wie geographische Gründe gegen eine Nutzung der russischen Radaranlage in Gabala sprechen.

Einiges spricht dafür, dass Moskaus Kritik an der Raketenabwehr deshalb so entschieden ausfiel, weil sie eine besonders günstige Gelegenheit bot, Druck auf westliche Regierungen und die Integrität der NATO auszuüben. Gerade die Tatsache, dass die russische Kritik einen plausiblen oder scheinbar plausiblen Kern enthält, ermöglichte es dem Kreml, sich wirksam als eine in ihren Sicherheitsinteressen beeinträchtigte Partei zu stilisieren. Russland konnte auf die Skepsis setzen, die die bilateralen Verhandlungen zwischen den USA, Tschechien und Polen bei anderen Bündnispartnern hervorgerufen haben. Zugleich konnte der Kreml insbesondere in Westeuropa und Deutschland Verständnis für seine Sicherheitsbedenken erwarten. Er konnte und kann auf das negative Image setzen, das den USA und vor allem der Bush-Administration in Europa weithin anhaftet.

Die primäre Stoßrichtung des Kremls dürfte sich dabei auf die öffentliche Meinung gerichtet haben, konnte Moskau doch davon ausgehen, dass amerikanische Rüstungsvorhaben von vornherein breite Skepsis in Europa hervorrufen würden. Dabei konnte der Kreml vermuten, dass auch seine Drohgebärden ihren Zweck nicht verfehlen würden. Russische Warnungen kalkulieren offenbar bewusst mit der „postheroischen“ Mentalität²⁷ europäischer Gesellschaften. Hauptadressat russischer Einwände sind offenbar nicht die Regierungen der USA oder anderer NATO-Staaten. Vielmehr zielt die russische Strategie darauf, in ihren Ländern Opposition gegen die Raketenabwehr zu mobilisieren.

Dafür sprechen nicht zuletzt die vom Kreml immer wieder bemühten Reminiszenzen an den Kalten Krieg. Warnungen vor einem neuen Wettrüsten appellieren ebenso wie Vergleiche mit der Stationierung der Pershing-Raketen²⁸ oder der Kuba-Krise²⁹ in wenig subtiler Weise an die Kriegsängste von Europäern und Amerikanern und mögen auch auf Erfahrungen mit den westeuropäischen Friedensbewegungen der siebziger und achtziger Jahre beruhen. Dabei folgt Moskau schon des-

27 | Vgl. zum Begriff: Herfried Münkler, *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006, S. 310ff.

28 | Putin verschärft abermals den Ton, FAZ.NET, 27.4.2007 (unter: <http://www.faz.net>).

halb einem rein psychologischen Kalkül, weil Russland die materielle Grundlage für einen neuen Rüstungswettlauf bei allen Bemühungen um eine Modernisierung seiner Streitkräfte schlicht fehlt. Jede entsprechende Drohung setzt also von russischer Seite bereits die Überzeugung voraus, dass der NATO ihrerseits jede Bereitschaft dazu fehlt.

Dem Sicherheitsbedürfnis Russlands kann Rechnung getragen werden, indem Russland möglichst umfassend konsultiert und eingebunden wird. Allerdings hat es dazu bislang weniger an amerikanischen Angeboten als an russischer Bereitschaft gefehlt, darauf einzugehen.

Der Vielschichtigkeit der von Moskau verfolgten Motive sollten ebenso differenzierte Antworten entsprechen. Dem Sicherheitsbedürfnis Russlands kann Rechnung getragen werden, indem Russland möglichst umfassend konsultiert und eingebunden wird. Allerdings hat es dazu bislang weniger an amerikanischen Angeboten als an russischer Bereitschaft gefehlt, darauf einzugehen. Auch dürfte die Entwicklung eines gemeinsamen Abwehrsystems, wie von russischer wie US-Seite ins Spiel gebracht, aufgrund technologischer Unterschiede wie auch Bedenken hinsichtlich eines Technologietransfers wenig realistisch sein. Als eine mögliche Kompromisslinie zeichnet sich eine Vereinbarung über russische Inspektionen der polnisch-tschechischen Anlagen ab.³⁰

Russland kann seinerseits kein Interesse daran haben, mit seiner Kritik zu überziehen; denn diese droht sonst, ins Leere zu laufen und weniger seine Stärken als seine Schwächen zu demonstrieren. Zugleich aber würde eine Konzessionsbereitschaft des Westens, die über Sicherheitsgarantien spezifisch hinsichtlich der militärischen Ausrichtung des Raketenschirms hinausgeht, schon aufgrund des politischen Kalküls, dem Moskau folgt, ein problematisches Signal aussenden. Die russische Opposition darf ihrerseits die legitimen Sicherheitsinteressen der Europäer nicht beeinträchtigen.

BEDROHUNGSLAGE UND STRATEGISCHER NUTZEN

Die USA begründen ihre Planungen mit dem Ziel, ihr Territorium, ihre Basen und Streitkräfte in Übersee sowie ihre Verbündeten vor Bedrohungen zu schützen, die von Iran und

29 | „Putin fühlt sich an Kuba-Krise erinnert“, *Welt Online*, 26.10.2007 (unter: www.welt.de).

30 | Peter Finn, „U.S., Russia Politely Dug In Over Missile Defense“, in: *Washington Post*, 19.3.2008 (unter: <http://www.washingtonpost.com>).

Nordkorea ausgehen. Dabei stellt der geplante Stützpunkt in Polen nur eine Komponente in einem sehr viel umfassenderen Raketenschirm dar. Bereits vor der Präsidentschaft G.W. Bushs begannen Planungen für ein gestaffeltes Abwehrsystem, das ballistische Raketen sowohl in der Start-, in der mittleren Flugphase außerhalb der Erdatmosphäre als auch nach dem Wiedereintritt in der abschließenden Flugphase zerstören kann.

Während für eine Bekämpfung in der Startphase Versuche sich auf flugzeuggestützte Laserwaffen konzentrieren, sollen die für Polen vorgesehenen zehn GBI Raketen in ihrer mittleren Flugphase abfangen können. Sie stellen damit das primäre System zur Abwehr insbesondere von ICBM dar. Ein europäischer Stützpunkt würde dabei zwei weitere Anlagen in Alaska und Kalifornien ergänzen, die die USA vor Angriffen aus dem pazifischen Raum schützen sollen, wo die Bedrohung angesichts der fortgeschritteneren Raketenprogramme Nordkoreas unmittelbarer ist als in Bezug auf den Iran.

Für eine Bekämpfung in der abschließenden Flugphase stehen mobile Systeme zur Verfügung, das landgestützte THAAD- und das seegestützte SM-3-System. Ihr Schutzradius ist vergleichsweise geringer. Anders als beispielsweise das in euro-atlantischer Zusammenarbeit entwickelte MEADS-System vermögen sie jedoch innerhalb einer so großen Flughöhe und Reichweite zu operieren, dass sie über eine begrenzte Fähigkeit zur Abwehr von ICBM verfügen, vor allem aber nicht nur Kurz-, sondern auch Mittelstreckenraketen abfangen können.

Zu den US-Basen, die die für Europa vorgesehenen GBI sichern sollten, zählen Radaranlagen in Großbritannien und Grönland, die wiederum für den Schutz der USA vor Raketenangriffen unverzichtbar sind.³¹ Allein für diesen Zweck hätte jedoch eine Raketenstellung in Großbritannien genügt. Ein Standort in Polen dehnt den Abwehrschirm auf einen größeren Teil des NATO-Territoriums aus. Unabgedeckt bleiben dadurch die Verbündeten in Südosteuropa und der Türkei, für die eine Bedrohung allerdings weit eher von Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgeht, zu deren Bekämpfung ein möglic

31 | Missile Defense Agency, Fiscal Year 2008 (FY 08). Budget Estimates, 31.1.2007 (<http://www.mda.mil/mdalink/pdf/budget-fy08.pdf>), S. 5.

cher Einsatz von THAAD- und SM-3-Systemen vorgesehen ist.³²

Für die Realisierung einer Raketenabwehr verfügen die europäischen Verbündeten nicht über eine Alternative zu den US-Systemen.

Für die Realisierung einer Raketenabwehr verfügen die europäischen Verbündeten nicht über eine Alternative zu den US-Systemen. Dabei gehen potenzielle Gefahren für sie vor allem von der Proliferationsentwicklung im Nahen und Mittleren Osten aus. In dieser Hinsicht haben mit Präsident Putin nicht nur russische Stimmen das Vorliegen einer konkreten Bedrohungslage in Frage gestellt – und damit mehr oder minder deutlich unterstellt, dass die von den USA angeführten Gründe nur Vorwände seien –, auch deutsche Kritiker wie beispielsweise Außenminister Steinmeier haben ähnliche Zweifel geäußert.³³ Wie aktuell ist also eine entsprechende Gefährdung Europas?

Bei der Beantwortung dieser Frage wird ein besonderes – wenn auch nicht ausschließliches – Augenmerk dem Iran, aufgrund seiner eventuellen Nuklearwaffen aber auch der künftigen Entwicklung Pakistans gelten müssen. Mit den unterschiedlichen Varianten der Shahab-3-Mittelstreckenrakete ist der Iran heute in der Lage, Israel und den NATO-Partner Türkei zu erreichen. Die Entwicklung neuer Raketen wie der vermutlich auf der Technologie der nordkoreanischen Taepodong-1 beruhenden Shahab-4 machen möglich, dass auch Zentraleuropa auf absehbare Zeit in die Reichweite iranischer Raketen gerät. Pakistan verfügt mit der Shaheen-II über IRBM, die zumindest die Türkei erreichen können, entwickelt aber ebenfalls weiter reichende Raketen. In beiden Fällen ist die Zielgenauigkeit dieser Raketen so gering, dass sie nur als Träger von Massenvernichtungswaffen in Betracht kommen.

Kontrollen der IAEA haben zwar keine Beweise, aber deutliche Indizien für ein Nuklearwaffenprogramm des Iran erbracht.³⁴ 2007 kam ein National Intelligence Estimate der US-Geheimdienste zu dem Schluss, dass Teheran die Atomwaf-

32 | Missile Defense Agency, Fiscal Year 2009 (FY 09). Budget Estimates, 23.1.2008 (<http://www.mda.mil/mdalink/pdf/budget-fy09.pdf>), S. 16ff.

33 | „Vorher mit Russland reden“, Interview mit Frank-Walter Steinmeier, in: *Handelsblatt*, 19.2.2007 (unter: <http://www.handelsblatt.com>).

34 | Vgl. die regelmäßigen Berichte der IAEA unter: <http://www.iaea.org/NewsCenter/Focus/IaeaIran/index.shtml>.

fenentwicklung vermutlich 2003 eingefroren hat.³⁵ Allerdings dürften diese Einschätzungen vor allem die Ungewissheiten dokumentieren, die das iranische Nuklearprogramm umgeben. Bereits infolge des Irak-Krieges beleuchteten entsprechende Untersuchungen, wie begrenzt die Informationsquellen und der Kenntnisstand der US-Geheimdienste zu den Massenvernichtungswaffenprogrammen von Problemstaaten sind.³⁶

In Übereinstimmung mit den meisten westlichen Geheimdiensten nannte IAEA-Direktor El Baradei einen Zeitraum von drei bis acht Jahren, den der Iran noch mindestens zur Entwicklung von Nuklearwaffen benötige.³⁷ Bis er auch einen Raketensprengkopf entwickelt hat, dürften noch einige Jahre zusätzlich vergehen. Welche Risiken von den pakistanischen Nuklearwaffen ausgehen, hängt mit der politischen Instabilität des Landes zusammen – und daher mit der Frage, in welchen Händen künftig die Verfügungsgewalt liegt.

Die Proliferationsentwicklung ist in diesen beiden Ländern am weitesten fortgeschritten, beschränkt sich aber nicht auf sie, sondern erhält durch ihre Waffenprogramme weiteren Auftrieb. Saudi-Arabien hat bereits Ende der neunziger Jahre IRBM vom Typ CSS-2 von China erworben. Auch deren Zielgenauigkeit ist so gering, dass nur eine Bestückung mit Massenvernichtungswaffen militärisch Sinn machen würde. Seither halten sich Gerüchte über eine nukleare Option, die sich Saudi-Arabien insbesondere durch die Zusammenarbeit mit Pakistan sichern könnte.³⁸ Syrien verfügt derzeit nur über Scud C und D mit begrenzteren Reichweiten, aber auch über eine zentrale geographische Lage im Nahen Osten. Bislang besitzt es in erster Linie chemische Waffen. Hinweise deuten

35 | National Intelligence Estimate, Iran: Nuclear capabilities and Intentions 2007, S. 6ff (http://www.dni.gov/press_releases/2007_1203_release.pdf).

36 | Commission on the Intelligence Capabilities of the United States Regarding Weapons of Mass Destruction, Report to the President of the United States, 31.3.2005 (http://www.wmd.gov/report/wmd_report.pdf).

37 | Natalie Nougayrède, Mohamed ElBaradei pense que „l'Iran sera pas une menace dès demain“, in: *Le Monde*, 23.10.2007.

38 | Akaki Dvali, Will Saudi Arabia Acquire Nuclear Weapons?, Center for Nonproliferation Studies, Monterey Institute of International Studies, Issue Brief, März 2004 (http://www.nti.org/e_research/e3_40a.html); Richard L. Russell, „A Saudi Nuclear Option?“, in: *Survival* 42, 2 (2001), S. 69–79.

darauf hin, dass ein israelischer Luftangriff im September 2007 einem im Bau befindlichen Reaktor galt, der mit nord-koreanischer Hilfe errichtet wurde³⁹, was für die nuklearen Ambitionen auch von Damaskus spricht.

Zu folgern, die Entscheidung für den Aufbau eines Abwehrsystems wäre übereilt, greift zu kurz.

Mittelfristig bergen diese Entwicklungen ein erhebliches Gefahrenpotenzial. Eine unmittelbare Bedrohung ist in allen diesen Fällen jedoch noch nicht gegeben. Daraus zu folgern, die Entscheidung für den Aufbau eines Abwehrsystems wäre übereilt, greift dennoch zu kurz. Denn erstens würde diese Entscheidung schon aufgrund der Zeit, die nicht nur zur Errichtung der polnisch-tschechischen Basis, sondern gegebenenfalls auch zum Aufbau einer entsprechenden Systeminfrastruktur der NATO erforderlich wäre, erst das Sicherheitsumfeld in fünf, zehn oder mehr Jahren antizipieren. Dann aber droht gerade Europa bei einem Konflikt zum primären, weil erreichbaren Ziel zu werden; denn die Entwicklung von ICBM, die auch die USA treffen können, ist technisch so aufwendig, dass sie bei den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens tatsächlich noch weitaus länger dauern dürfte.

Zweitens aber würde eine solche Schlussfolgerung auch den Beitrag verkennen, den eine Raketenabwehr von vornherein – und nur von vornherein – zur Bekämpfung der Proliferation leisten kann. Ein solches System kann nicht nur Schutz vor schon vorhandenen Waffen gewähren. Eine ebenso wichtige Funktion läge darin, bereits den potenziellen Nutzen entsprechender Waffenprogramme entscheidend zu beschneiden.

Der Vorteil, der aus der Verbindung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen erwachsen kann, liegt in der Kombination aus Zerstörungskraft, Reichweite und der Chance, jederzeit einen unmittelbaren Vernichtungsschlag führen zu können. Die Möglichkeit, Massenvernichtungswaffen auch unkonventionell in Form terroristischer An-

39 | David Albright/Paul Brannan, Suspect Reactor Construction Site in Eastern Syria: The site of the September 6 Israeli Raid?, Institute for Science and International Security, 23.10.2007 (http://www.isis-online.org/publications/SuspectSite_24October2007.pdf); David Albright/Paul Brannan, Syria Update: Suspected Reactor Site Dismantled, Institute for Science and International Security, 25.10.2007 (<http://www.isis-online.org/publications/SyriaUpdate25October2007.pdf>).

schläge zu verbringen, kann diesen Vorteil nicht kompensieren, auch wenn darin eine zusätzliche Gefahr liegt. Er verringert sich jedoch, wenn mit der Möglichkeit gerechnet werden muss, dass Raketen abgefangen werden.

Obwohl ein Raketenschirm nicht völlig zuverlässig sein kann, verändert seine Existenz die Erwartungen der Akteure aneinander, deren Berechnungen und deren Handeln. Mit anderen Worten: Die Raketenabwehr verändert das Kosten-Nutzen-Kalkül zuungunsten derjenigen Regierungen, die heute Massenvernichtungswaffen zu erlangen streben. Immerhin stehen den erhofften militärischen und politischen Vorteilen von Massenvernichtungswaffen erhebliche politische wie wirtschaftliche Kosten angesichts negativer Reaktionen der übrigen Staatenwelt gegenüber.

Die Raketenabwehr verändert das Kosten-Nutzen-Kalkül zuungunsten derjenigen Regierungen, die heute Massenvernichtungswaffen zu erlangen streben.

Das gilt auch für die Verhandlungen mit dem Iran. Auch für Teheran kann ein Raketenschirm den Anreiz für die Entwicklung von Nuklearwaffen nur sinken lassen. Wenn sich Teheran in diesem Bestreben durch die Raketenabwehr überhaupt bestätigt fühlen könnte, dann nicht, weil es darin eine Bedrohung sehen würde, sondern im Gegenteil allenfalls ein Zeichen dafür, dass der Westen sich auf einen nuklear bewaffneten Iran einstellt und sich daher mit seinen entsprechenden Ambitionen abfindet.

Zur Prävention und Abwehr der mit der Proliferationsentwicklung entstehenden Risiken macht ein Raketenschirm nicht zuletzt angesichts begrenzter militärischer Optionen Sinn. So wäre ein militärischer Präventivschlag, wie ihn Israel bereits 1980 gegen den irakischen Atomreaktor in Osirak durchgeführt hat, zwar grundsätzlich – wenngleich mit größeren Schwierigkeiten verbunden – sowohl für Israel als auch für die USA selbst gegen das iranische Nuklearprogramm möglich.⁴⁰ Er würde dieses jedoch nur zeitweilig aufhalten, wäre angesichts der iranischen Möglichkeiten, mit konventionellen Waffen und terroristischen Mitteln Vergeltung zu üben, mit erheblichen Risiken behaftet und dürfte auch negative Rückwirkungen auf die innere Entwicklung des Landes haben. Die

40 | Whitney Raas/Austin Long, „Osirak Redux? Assessing Israeli Capabilities to Destroy Iranian Nuclear Facilities“, in: *International Security* 31,4 (2007), S. 7–33.

Raketenabwehr eröffnet zumindest eine bedingte Alternative und vermag so den idealtypischen Gegensatz zwischen *deterrence* und *preemption* teilweise zu überbrücken.

Gegenüber einer fortschreitenden Proliferation werden herkömmliche Konzepte von Eindämmung und Abschreckung alleine keinen hinreichend verlässlichen Schutz zu bieten vermögen. Aufgrund der Komplexität der Akteursstruktur und aufgrund der Unterschiedlichkeit der Rationalitätsmuster, denen die Akteure möglicherweise folgen, sind Konfliktkonstellationen zu erwarten, denen die Eindeutigkeit und Berechenbarkeit der Konfrontation im Kalten Krieg fehlen. Vor allem aber würden westliche Mächte vermutlich nicht direkt, sondern mittelbar in einen Konflikt verwickelt werden, wie dies bei der Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein der Fall war.

Dabei geht es dann nicht mehr um die „Zementierung strategischer Stabilität“, sondern um die Aufrechterhaltung politischer und militärischer Handlungsfähigkeit.⁴¹ Im Rahmen solcher Szenarien beruht eine effektive Abschreckung für westliche Staaten weniger auf einer Vergeltungsdrohung als auf der Fähigkeit zur Intervention und gegebenenfalls Revision einer Aggression. Dazu würde ein Abwehrschirm beitragen. Verlieren sie hingegen diese Fähigkeit, dürften westliche Staaten mit ihren höheren Hemmschwellen für Verluste und Opfer nicht mehr abschrecken, sondern nur selbst abgeschreckt werden.

Für Verhandlungen innerhalb der NATO stand oder steht daher nicht der Aufbau der Raketenabwehr an sich zur Debatte, sondern nur die Frage, ob sie innerhalb oder außerhalb von NATO-Strukturen realisiert wird. Ein großer Teil der deutschen Diskussion über das Für und Wider der Raketenabwehr wickelt sich daher nicht nur einer Auseinandersetzung über die strategische Herausforderung aus, die die Proliferation von ABC-Waffen und ballistischen Raketen bedeutet, sondern ging auch an den strategischen Optionen vorbei.

AUSBLICK

Mit den Beschlüssen von Bukarest hat die NATO die amerikanischen Pläne für den Abwehrschirm zunächst nur gebilligt. Verwirklicht wird die polnisch-tschechische GBI-Basis auch weiterhin aufgrund bilateraler Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen. Für Verhandlungen innerhalb der NATO stand oder steht daher nicht der Aufbau der Raketenabwehr an sich zur Debatte, sondern nur die Frage, ob sie innerhalb oder außerhalb von NATO-

41 | Benjamin Schreer, „Heiße Kartoffel Raketenabwehr“, in: *Internationale Politik*, März 2008, S. 44–49, hier: S. 46.

Strukturen realisiert wird. Ein großer Teil der deutschen Diskussion über das Für und Wider der Raketenabwehr wich daher nicht nur einer Auseinandersetzung über die strategische Herausforderung aus, die die Proliferation von ABC-Waffen und ballistischen Raketen bedeutet, sondern ging auch an den strategischen Optionen vorbei.

Als defensives System fällt die Raketenabwehr in den ureigensten Aufgabenbereich der NATO, den Schutz des Bündnisgebiets. Außerhalb des Bündnisses verwirklicht, würde es die NATO zwangsläufig zugunsten bilateraler Sicherheitsbeziehungen schwächen, innerhalb aber würde es ihre Funktion als zentralen Sicherheitsgaranten der Verbündeten bestätigen. Eine NATO-Lösung würde die europäische Komponente des strategischen Raketenschildes zwar nicht ausschließlich in eine gemeinsame Raketenabwehr des Bündnisses integrieren können; denn da sie Bestandteil des sehr viel umfassenderen Abwehrsystems der USA ist, wird die Bereitschaft Washingtons, die NATO-Verbündeten mit unter ihren Schutzschild zu nehmen, auch künftig nicht bedeuten, dass es die Verfügungsbefugnis über ihren Einsatz abgeben würde. Allerdings wäre eine parallele Integration in die Sicherheitsstrukturen des Bündnisses auf der Grundlage der bestehenden Combines Air Operations Centers und des ALTBMD-Programms denkbar.⁴²

Der NATO würde damit zwar nicht die Entscheidungsgewalt eingeräumt – auf die es im Ernstfall freilich schon aufgrund der eng begrenzten Reaktionszeit und der Notwendigkeit entsprechend automatisierter Entscheidungsabläufe auch weniger ankäme –, aber eine politische Mitsprache gesichert werden können. Während die USA die Kosten für die GBI-Basis in Polen und Tschechien alleine zu tragen bereit sind, würde eine NATO-Lösung zusätzlich ein bündniseigenes System zum Schutz des durch den Abfangradius dieser Abwehrraketen nicht abgedeckten Territoriums der Verbündeten in Südosteuropa und der Türkei erfordern.

Ein solches System ließe sich mit SM-3 und THAAD-Systemen realisieren, deren Kosten jedoch von den Mitgliedstaaten gemeinschaftlich getragen werden müssten. Relevant wird daran weniger die Höhe der Kosten sein als vielmehr der Umstand, dass mit dieser Entscheidung die Bundesregierung

42 | Bittner, *Die NATO und die Raketenabwehr*, S. 22ff.

endgültig Farbe bekennen müssen wird. Eine definitive Entscheidung für die Raketenabwehr birgt jedoch das Risiko, innenpolitische Kontroversen neu aufflammen zu lassen. Darüber sollen aber die Vorteile nicht aus dem Blick geraten.

Eine NATO-Lösung böte eine Möglichkeit, die Sicherheit Europas zu erhöhen und das Bündnis zu stärken. Ein solcher Ansatz würde auch Russland weniger Angriffsfläche und Grund für Bedenken liefern; denn obwohl ein Einvernehmen mit Moskau vermutlich kaum zu erzielen ist, würde er Moskau doch größere Sicherheit hinsichtlich der Zwecksetzung der Raketenabwehr in Europa bieten können als eine rein amerikanische Lösung. Zugleich würde er auch im Verhältnis zu Polen und Tschechien die Chance bieten, einen gemeinsamen Ansatz für ein sonst nach wie vor kontroverses Projekt zu finden. Damit könnte er schließlich auch die öffentliche Akzeptanz gegenüber der Raketenabwehr erhöhen. Eine plausible Alternative ist weder sicherheits- noch bündnispolitisch zu erkennen.